

# Wilsdruffer Tageblatt

Nationale Tageszeitung für die Landwirtschaft,



für Bürgertum, Beamte, Angestellte u. Arbeiter.

Das „Wilsdruffer Tageblatt“ erscheint täglich nachm. 5 Uhr für den gew. Tag. Bezugspreis: Bei Abholung in der Geschäftsstelle und den Ausgabestellen 2 Mk. im Monat, bei Zustellung durch die Posten 2,30 Mk., bei Postbestellung 3 Mk., wozu ein Abzug von 10 Pf. für die Postgebühren zu machen ist. Einzelnummern 10 Pf. Die Postgebühren sind bei den Ausgabestellen zu entrichten. Im Falle höherer Gewalt, Krieg oder sonstiger Betriebsstörungen behält das Verlagsamt die Befugnis vor, die Zeitung vorübergehend einzustellen. — Abschließung eingehender Schriftstücke erfolgt nur, wenn vorher bestellt.

Anzeigenpreis: Die 6-spaltige Raumzeile 20 Goldpfennig, die 4-spaltige Zeile der amtlichen Bekanntmachungen 40 Goldpfennig, die 3-spaltige Reklamazeile im täglichen Teile 100 Goldpfennig. Nachweisungsgebühr 20 Goldpfennig. Sonstige Anzeigen nach Vereinbarung. Fernsprecher: Amt Wilsdruff Nr. 6. Die Anzeigen werden nach Möglichkeit angenommen bis vorm. 10 Uhr. Durch Fernruf übermittelte Anzeigen übernehmen wir keine Garantie. Jeder Abbestellungsantrag ist schriftlich, wenn der Betrag durch Kasse eingezogen werden muß oder der Auftraggeber in Konkurs geht. Anzeigen nehmen alle Vermittlungsstellen entgegen.

Das Wilsdruffer Tageblatt enthält die amtlichen Bekanntmachungen der Amtshauptmannschaft Reichen, des Amtsgerichts und Stadtrats zu Wilsdruff, Forstrentamts Thorand, Finanzamts Rössen.

Nr. 235. — 85. Jahrgang. Telegr.-Nr.: „Amisblatt“ Wilsdruff-Dresden Postfach: Dresden 2640 Donnerstag, den 7. Oktober 1926

## Um die Hauszinssteuer.

Von volkswirtschaftlicher Seite wird uns geschrieben: Der Aufruf des preussischen Wohlfahrtsministers Hirtfelder, der die Erhöhung der Hauszinssteuer um weitere 30 % empfiehlt, um die notwendigen Mittel für energische Förderung des Wohnungsbaues heranzuschaffen, hat um so größere Aufregung hervorgerufen, als man sich daran erinnert, daß der Minister im Juli vergangenen Jahres sogar eine 40 %ige Erhöhung empfahl. Dem beunruhigten Mieter erscheint es ja an und für sich gleichgültig, wo für er die 130 oder gar 140 % der Friedensmiete bezahlen soll, und da der Hausbesitzer dem Staat gegenüber als Steuerschuldner für diese Hauszinssteuer haftet, ist dieser Stand an dem Aufruf des Ministers gleichfalls sehr interessiert, der allerdings alsbald als „Privatmeinung“ bezeichnet wurde.

Die deutschen Mietervereine wolle nun Ende dieser Woche trotzdem zu einer großen Protestaktion schreiten. Beides, diese Aktion also und jener Aufruf des Ministers, wird aber zum mindesten das eine erreichen, daß die Frage der Wohnungsbaupolitik unter Inanspruchnahme öffentlicher Mittel, die mit Hilfe der Hauszinssteuer herbeizubringen sind, wieder sehr stark in den Vordergrund der Auseinandersetzungen treten wird. Minister Hirtfelder will eine Summe von einer Milliarde, weil der jährliche Wohnungsbedarf den Bau von rund 200 000 Wohnungen verlange und jede Wohnung einen Baukostenzuschuß von 5000 Mark erfordere, um die Mieten auf einem einigermaßen erträglichen Stande zu erhalten. Die eine Milliarde ist das, denn die Hauszinssteuer 1926 bringt diese Summe — nur erhält das Wohlfahrtsministerium davon eben nur die Hälfte! Und das reicht nur für höchstens 100 000 Wohnungen. Soviele sind aber nun im Jahre 1926 sicherlich längst nicht fertiggestellt worden, weil die Bauaktivität nur sehr, sehr langsam auflebte.

Von den bisherigen 40 % Hauszinssteuer sind nur 20 %, also die Hälfte, für Wohnungsbaue zwecke verwendet worden. Wenn nun der Minister verlangen würde, daß die Verwendung der anderen Hälfte für allgemeine öffentliche Zwecke ausbleibe, diese Summe auf andere Art aufgebracht würde, so hätte er nicht so viel Widerpruch gefunden und diesen Vorschlag leichter verteidigen können. Denn neben jener Verwendung der Hauszinssteuerhälften für Land und Kommunen wird vor allem die Art und Weise angegriffen, wie langsam und unerträglich bürokratisch die Verteilung der Wohnungsbeihilfen erfolgt, wie unendlich lang der Instanzenweg ist, daß aber auf diesem langen Wege gar manches Mal die Klarheit fehlt, weil man oft nicht weiß, wer „zuständig“ ist. Infolgedessen gelangen Privatinteressenten auch sehr selten zu dem gewünschten Erfolg einer staatlichen oder städtischen Beihilfe. Es ist sehr fraglich, ob sich die Einteilung von Kommunen beim Wohnungsbaue an Stelle der Privatinitiative wirklich empfiehlt; auch die gemeinnützigen Wohnungsbauvereine haben zum mindesten das eine Bedenken an sich, daß durch sie und die kommunale Zwischenschaltung, die Bürokratie, ein Teil des Ertrages der Hauszinssteuer verzehrt wird.

Von manchen Sachkundigen wird behauptet, es werde zuviel kommunalisiert und „organisiert“ — im guten, aber auch im schlechten Sinne — auf dem Gebiet des Wohnungsbauwesens; die private Initiative werde abgedrückt, verdorrt, weil dem Beispiel der amtlichen Beihilfepolitik auch Privatinitiativen folgten, die ihre Gelder in hypothekarischer Form anlegen. Siedlungsgesellschaften oder Baupläne von Kommunen würden gegenüber denen von Privatinteressenten weit bevorzugt — und das sei vielleicht des Pudels Kern, der Grund für die Katastrophe, die nicht in erster Linie eine Geldfrage sei. Es sei höchste Zeit, zu überlegen, ob nicht andere Wege eingeschlagen werden müßten.

## Orzesinski Severings Nachfolger.

Dankschreiben des preussischen Ministerpräsidenten. Nunmehr wird der Rücktritt des preussischen Innenministers Severing auch offiziell bekanntgegeben. Der Amtliche Preussische Pressedienst meldet hierüber:

Der preussische Minister des Innern, Severing, hat den preussischen Ministerpräsidenten gebeten, ihn mit Rücksicht auf seine erschlaffte Gesundheit von seinem Amte zu entbinden. Ministerpräsident Braun hat sich den vom Minister des Innern vorgebrachten Gründen nicht verschließen können und hat an seiner Stelle den Polizeipräsidenten von Berlin, Orzesinski, M. d. L., zum Staatsminister und Minister des Innern ernannt.

Der Ministerpräsident hat Herrn Severing in einem herzlichen Schreiben seinen Dank für die dem Staate geleisteten Dienste ausgesprochen.

Der neue preussische Innenminister stammt aus Pommern, wo er in Treptow an der Tollense im Jahre 1879 geboren wurde. Er lernte in Berlin von 1893 bis 1897 Metallbrücken, ging auf die Wanderschaft, arbeitete bis 1908 in Leipzig, Frankfurt a. M. und Offenbach. Dort

## Abschiedsgesuch des Generals von Seekt.

### General v. Seekt will zurücktreten.

Die Wanderteilnahme des Kronprinzensohnes.

Die vor einigen Tagen in die Öffentlichkeit gelangten Mitteilungen über die Teilnahme des ältesten Sohnes des früheren deutschen Kronprinzen an den Übungen der Reichswehr bei Münsingen in Württemberg haben starke Nachwirkungen gehabt. In den Auseinandersetzungen der Parteipresse wurde von links behauptet, die Teilnahme sei ohne Wissen des Reichswehrministers Dr. Gessler erfolgt. Das Reichswehrministerium hatte



Generaloberst von Seekt.

bereits angekündigt, es werde die Mitteilungen wie auch das von der in Frage stehenden Potsdamer Traditionskompanie ausgegangene Dementi, nach dem der Kronprinzensohn an den Wandern nicht teilgenommen habe, genau nachprüfen. Der Reichswehrminister erklärte dabei, er habe von der dem Prinzen erteilten Erlaubnis nichts gewußt und von der Geschichte erst aus den Zeitungen erfahren.

Nachdem nun Reichspräsident von Hindenburg Dienstag nach Berlin zurückgekehrt war, begab sich Mittwochs früh Reichswehrminister Dr. Gessler zu diesem und hielt ihm Vortrag über die Angelegenheit. Zu dem in Sarzbürg weilenden Reichszankler Dr. Marx war Staatssekretär Wünderlich gefahren, um ihn ebenfalls zu unterrichten. Mittwochs nachmittags erfuhr man, daß der Oberkommandierende der Reichswehr, Generaloberst von Seekt, beim Reichspräsidenten sein Rücktrittsgesuch eingereicht habe und daß unter Vorbehalt des wieder in Berlin eintreffenden Reichszanklers eine Sitzung des Reichskabinetts stattfinden werde, in der Dr. Gessler die Vorkommnisse ausführlich schildern würde.

wurde er sechsst, wurde 1906 Geschäftsführer im Deutschen Metallarbeiterverband zu Offenbach, bald danach, November 1907, zu Kassel. Dort nahm er am kommunalen Leben teil und wurde schließlich Stadtverordnetenvorsteher, außerdem Vorsitzender des Gewerkschaftsvereins Kassel. Seit Juni 1919 war er Unterstaatssekretär im preussischen Kriegsministerium. Röske machte ihn bald darauf zum Reichskommissar und Leiter des Abwärtungsamtes. 1921 kam er in den Landtag. November 1922 wurde er Oberregierungsrat im preussischen Innenministerium. Von dort entsandte ihn im Mai 1925 Severing an die Spitze der Berliner Polizei.

Minister Severing verläßt am Donnerstag Berlin und begibt sich zunächst nach Wiesbaden. Von dort aus dürfte er eine längere Reise nach dem Süden antreten.

## Abschluß des Paneuropäischen Kongresses

Ein Manifest an die Europäer.

Der Erste Paneuropäische Kongress hielt in Wien seine feierliche Schlußsitzung ab, die mit der Verlesung und einstimmigen Annahme der von den einzelnen Kommissionen ausgearbeiteten Entschlüsse verbunden war. Die Resolution der Kommission für Wirtschaftstragen ersucht den Völkerverbund, bessere Bedingungen für den internationalen Handel zu schaffen und zwecks Ausbaus internationaler Verträge nach dem Muster internationaler Verkehrsverträge internationale Handelskonferenzen ins Leben zu rufen, welche internationale Wirtschafts- und Handelsfragen studieren, Vertragsentwürfe zur Regelung dieser Fragen ausarbeiten und ihren Regierungen zur Ratifizierung vorlegen sollen.

Sodann wurde ein Manifest an die Europäer zur Verlesung gebracht, worin u. a. erklärt wird, daß sich die Paneuropäische Union gebildet hat zwecks Beendigung des europäischen Bruderkrieges und Abarabuna des politischen, wirtschaftlichen und nationalen

Beim Empfang Dr. Gesslers durch den Reichspräsidenten drehte sich die Besprechung dem Vernehmen nach um die Sachlage, wie sie durch die heftigen Diskussionen nunmehr entstanden ist. Eine Entscheidung wurde im Augenblick nicht getroffen, sondern man erwartet sie spätestens Donnerstag früh. In politischen Kreisen verbreitete sich das Gerücht, daß Reichswehrminister Dr. Gessler, der nicht von der Affäre unterrichtet war, das Verhalten der für die vorübergehende Teilnahme des Kronprinzensohnes an Reichswehrübungen verantwortlichen Stellen nicht decken wird. Infolgedessen rechnet man damit, daß der in dieser Frage allein zuständige Reichspräsident das Rücktrittsgesuch Herrn v. Seekts annehmen werde.

### Reinhardt Nachfolger Seekts?

Als ev. Nachfolger des Generalobersten von Seekt im Oberkommando wird General der Reichswehr Reinhardt, der Führer des Gruppenkommandos II in Kassel, genannt. Reinhardt ist 1872 in Stuttgart geboren, war bei Kriegsausbruch Generalstabsoffizier beim württembergischen Armeekorps, nach dem Kriege preussischer Kriegsmajor und erster Chef der Heeresleitung in der Reichswehr.

## Der Staatsvertrag zwischen Preußen und dem Hohenzollernhaus unterzeichnet.

Berlin, 6. Oktober. Wie die Telegraphen-Union loeben erzählt, ist der Vergleichsvorschlag für ein Abfindungsabkommen zwischen Preußen und dem Hause Hohenzollern heute abend unterzeichnet worden und zwar auf Seiten des ehemaligen regierenden Hauses Hohenzollern, verbindlich für die Haupt- und Nebenlinien. Der Vergleichsvorschlag geht nunmehr dem preussischen Staatsrat zu, der sich voraussichtlich noch in dieser Woche mit ihm beschäftigen wird. Die Vorlage gelangt in der nächsten Woche vor den preussischen Landtag.

## Rußland sucht Verständigung mit England.

Moskau, 6. Oktober. Es bestätigt sich, daß der Sowjetbotschafter in London, Krasin, den Auftrag erhalten hat, mit der englischen Regierung Verhandlungen über eine etwaige Abgrenzung der englischen und russischen Interessensphären in Ostasien aufzunehmen. Krasin wird versuchen, insbesondere die liberalen Wirtschaftskreise Englands durch Vermittlung von Lord Georges für den russischen Markt zu interessieren. Auch in der Schuldenfrage wird Krasin der englischen Regierung neue Vorschläge der Sowjetregierung unterbreiten. Parallel mit den englisch-russischen Besprechungen in London werden solche in Moskau zwischen Tschitscherin und dem englischen Geschäftsträger stattfinden.

Gaßes der Völker Europas, zum Abbau der europäischen Grenzen, die ein Hindernis des Friedens und der wirtschaftlichen Entwicklung sind, und zur Beseitigung aller Kriege durch Schiedsgerichte, aller Fälle durch eine europäische Wirtschaftsgemeinschaft, allen Gaßes und aller Unterdrückung durch nationale Gleichberechtigung. Dieses Programm allein könne Europa vor dem politischen und wirtschaftlichen Untergang retten.

Nach Annahme des Manifestes hielt der Führer der paneuropäischen Bewegung, Graf Coudenhove-Kalergi, eine Schlussrede, in der er auf die Arbeiten des Ersten Kongresses verwies und sagte: „Die europäische Frage ist aufgeloßt. Schwere Kämpfe liegen vor uns. Manche Staaten werden die paneuropäische Bewegung und die Paneuropäische Union verbieten, doch müssen die Paneuropäer für ihre Idee kämpfen.“

## Der Zwischenfall in Neussadt.

Kein beabsichtigter Angriff.

Wie von unterrichteter Stelle über den Vorfall in einer Neussadter Wirtschaft bekannt wird, ergab sich schon jetzt aus den bisher vorliegenden Zeugenaussagen, daß von einem beabsichtigten Angriff des Schermeisters Krautter auf den französischen Sergeant keine Rede sein kann. Hierfür spricht auch, daß Krautter erst am anderen Morgen, nachdem er vormittags um 10 Uhr noch auf der Bank war, mit seinem Motorrad fortgefahren ist. Ein Zeuge, der während des Vorfalls an einem Nebenstand sah, erklärte, er habe gesehen, daß Krautter und der in Zivil gekleidete Franzose sich nach dem Vorfall um den Sergeant bemühten und ihn führten. Auch dieses Verhalten des Krautter deutet in keiner Weise darauf hin, daß er sich schuldig fühlte.

Es wird angenommen, daß Krautter aus Angst vor etwaigen Folgen geflüchtet ist. Krautter ist sehr nervös, besonders, wenn er getrunken hat. Wie jetzt bekannt wird,